

Nr. 15/10 vom 23.06.2015

European Energy Colloquium

Verschärfung des CO₂-Emissionshandels ab 2019 – hilfreich für die Erreichung der EU-Klimaschutzziele?

Berlin. Das inzwischen seit zehn Jahren bestehende EU-Emissionshandelssystem, mittels dessen die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaziele erreicht werden sollen, soll reformiert werden. Dies geschieht trotz des Umstandes, dass die EU-Mitgliedsstaaten die vorgegebenen Minderungsziele von 20%, bezogen auf 1990, allen Prognosen nach bis 2020 wohl erreichen werden. Zur Begründung wird angeführt, dass bei diesem bewusst marktwirtschaftlich ausgestalteten Instrument die erzielten Preise pro Tonne CO₂-Emissionen zu niedrig seien, um weitere Anreize zur Emissionsreduktion zu schaffen. Vertreter der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates haben sich daher darauf verständigt, den CO₂-Handel zu verschärfen und von 2019 an Emissionszertifikate aus dem Markt zu nehmen. Das Forum für Zukunftsenergien diskutierte die Auswirkungen und Ziele dieser Initiative im Rahmen des European Energy Colloquiums am 17. Juni 2015 in Brüssel.

Dr. Bernd Biervert, stellvertretender Kabinettschef des für die Energieunion zuständigen Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič und ehrenamtlicher Vorsitzender des European Energy Colloquiums, präsentierte die Pläne der EU-Kommission zur Verschärfung des Emissionshandels. Wie er ausführte, werde der Emissionshandel, der derzeit knapp die Hälfte der in der EU entstehenden Emissionen abdeckt und für die Kraftwerksbetreiber sowie die energieintensiven Industrien gilt, auch weiterhin einen zentralen Pfeiler der EU-Klimapolitik bilden. Das Minderungsziel bis 2030 werde nunmehr auf 40%, bezogen auf 1990, festgesetzt. Ab 2019 werde außerdem eine Marktstabilitätsreserve eingeführt. Sie solle dafür sorgen, dass je nach Marktsituation das Angebot an Emissionsberechtigungen flexibel angepasst werden kann. Die im Rahmen des sogenannten „Backloading“ vorübergehend zurückgehaltenen Zertifikate sollen direkt in diese Reserve fließen. Die voraussichtlich beachtliche Menge an Emissionsberechtigungen aus der Reserve für neue Marktteilnehmer und die zurückgehaltene Zuteilungsmenge als Folge von Anlagenschließungen in Gänze, die in der 3. Handelsperiode (2013 bis 2020) nicht zugeteilt werden, sollen im Jahr 2020 ebenfalls in die Reserve überführt werden. Die Erlöse aus bis zu 50 Millionen nicht zugeteilter Zertifikate sollen für die Einrichtung eines mindestens 400 Mio. € umfassenden Fonds für industrielle Innovationen genutzt werden können. Darüber hinaus soll ein Modernisierungsfond für ärmere EU-Mitgliedsstaaten eingerichtet werden. Schließlich soll es EU-weit harmonisierte Vorgaben für Kompensationszahlungen an Unternehmen für höhere Strompreise als Folge höherer CO₂-Preise geben, und zwar auf der Grundlage eines Benchmarking-Systems, um Carbon-Leakage-Effekten vorzubeugen.

Der Vorschlag der EU-Kommission wird, neben den Vorschlägen zum Thema „Marktdesign“, am 15. Juli 2015 als Teil des „Sommerpakets“ zur Implementierung der Ziele der Energieunion dem Europäischen Parlament

vorgelegt.

Dr. Wolfgang Weber, Vice President Communications & Government Relations sowie Leiter des Brüsseler Büros der BASF SE, bewertete die beabsichtigten Verschärfungen aus der Sicht der energieintensiven Chemieindustrie. Entgegen den Prämissen im Kontext mit den Vorbereitungen zur Einführung des Emissionshandels habe die Chemieindustrie ein starkes Wachstum von 60% seit 1990 verzeichnet. Gleichzeitig seien die Emissionen der EU-Chemieindustrie absolut um 50% und relativ (bezogen auf die Produktion) um 70% gesunken. Damit bilde die Chemieindustrie weiterhin ein starkes Standbein der europäischen Wirtschaft. Weitere CO₂-Reduktionen seien jedoch kaum zu erreichen, da Technologien wie die CO₂-Abscheidung und – Speicherung (CCS) oder der Einsatz von Biogas gesellschaftlich nicht akzeptiert seien. Er verwies im Übrigen auf die wichtige, entscheidende Rolle der Chemie bei der Umsetzung der Klimaschutzziele. Sie liefere etwa die notwendigen Bestandteile für Photovoltaik-Anlagen und Batterien, sowie andere benötigte Technologien. Diese Faktoren möge die EU-Kommission bei der Entwicklung von Benchmarks beachten. Ferner plädierte er dafür, dass nur solche Industrien und Sektoren Zertifikate aus der Reserve zugeteilt bekommen sollten, die auch wirklich Wachstum aufwiesen. Schließlich forderte er die Politik auf, die politisch-regulatorische Stabilität von Zielen und Instrumenten zu stärken. Parallele nationale Ziele, Ausnahmetatbestände und Instrumente sollten daher unterbleiben.

Dr. Hans Wolf von Koeller, Leiter der Energiepolitik der STEAG GmbH und Bevollmächtigter der Geschäftsführung, brachte den Blickwinkel eines großen Energieerzeugers ein. Er warnte, dass heute schon Ausnahmeregelungen für schwächere Mitgliedstaaten und die Zuteilungsregeln für die Industrie den Emissionshandel schwächen. Nationale Maßnahmen hätten zudem wesentlich dazu beigetragen, dass es Überschüsse im Emissionshandel gibt. Die Pläne der EU-Kommission zur Schaffung erweiterter Benchmarking-Mechanismen und Ausnahmetatbestände würden die Marktsignale im Emissionshandel weiter verzerren. Transparente Mechanismen seien jedoch erforderlich, um den Emissionshandel zu stärken und den Binnenmarkt für Energie nicht zu belasten. Ziel müsse es sein, den Emissionshandel durch Aufnahme weiterer Branchen und Anlagengrößen zu ertüchtigen. So könnten auch Carbon-Leakage-Effekte in der Energieerzeugung – u.a. hin zu kleinen Anlagen und zu europäischen Nachbarn - vermieden werden. Dabei müsse seiner Meinung nach auch auf eine Kompatibilität mit einem globalen CO₂-Markt geachtet werden. In diesem Sinne seien nationale Alleingänge zu vermeiden.

Die anschließende Podiumsdiskussion mit den Vortragenden sowie den Europaabgeordneten Matthias Groote (S&D) und Claude Turmes (Grüne/EFA) moderierte Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darin, dass es keine nationalen Alleingänge bezüglich der angestrebten Ziele und eingesetzten Instrumente geben sollte. Auch wurde der Gedanke eingebracht, in Zukunft den „CO₂-Emissionsabdruck“ von Importgütern und Importstrom stärker zu berücksichtigen. Angesprochen wurde ferner der Sachverhalt, dass weite Teile der CO₂-Emittenten, wie etwa Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr, weiterhin vom Emissionshandel ausgenommen und die bisherigen Belastungen daher einseitig verteilt seien. Auch wurde die Wirksamkeit des Emissionshandels für die Klimaziele, zumindest in seiner derzeitigen Ausführung, in Frage gestellt, da Emissionsreduktionen ungeachtet der geringen Zertifikatspreise stattgefunden haben. Auf die Frage, wie gewolltes zusätzliches industrielles Wachstum und der damit verbundene Bedarf nach einer verlässlichen Stromversorgung in der Zukunft generell mit weiterhin verschärften CO₂-Reduktionen in Einklang zu bringen sei, wurde keine Antwort gefunden.

Die Präsentation von Dr. Hans Wolf von Koeller steht für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publikationen) zum

Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Das Forum für Zukunftsenergien dankt der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Gregor J. Weber M.A.
Referent
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
weber@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de